

Newsletter des FDP Stadtverband Dormagen

In eigener Sache...

Liebe Leser(in),

bereits im Newsletter 02/2011 hatten wir auf die schwierige Haushaltslage hingewiesen. Zwischenzeitlich verkündete unser Kämmerer ein drohendes Defizit von über 60 Millionen € in den nächsten Jahren. Diese Einschätzung wurde zwischenzeitlich zwar revidiert und die Kürzung des Landes bei den Schlüsselzuweisungen sind lange nicht so dramatisch wie befürchtet. Die Erkenntnis aber bleibt: Weitermachen wie bisher geht nicht.

Eines aber ist auch klar: Den Kopf in den Sand stecken gilt nicht. Wir werden die Herausforderung als Chance

begreifen. Dafür werden wir viel Kreativität brauchen.

Liberaler Grundgedanke ist und bleibt: Der Staat dient dem Bürger - nicht umgekehrt. Auf kommunaler Ebene bedeutet dies: So wenig Verwaltung wie möglich, so viel wie nötig.

Viel mehr als heute wird zukünftig das Engagement der Bürger und der ansässigen Unternehmen gefordert sein um Dormagen lebens- und liebenswert zu gestalten. Wenn aber alle mit „anpacken“ haben wir eine große Chance unsere Stadt wirklich aktiv zu gestalten und ein Miteinander zu etablieren.

Helfen Sie doch bitte bei der Ideenfindung alle mit!

Hierzu haben wir extra eine Emailadresse eingerichtet und freuen uns auf viele Zuschriften:

ideen@fdp-dormagen.de

Ihr



Torsten Günzel, stellv. Vorsitzender FDP in Dormagen



Ostern 2011

Last Minute News: Römer Therme muss erhalten bleiben!

Die Schwimmbadlandschaft in Dormagen beschäftigt uns seit Monaten. Als wäre das nicht Herausforderung genug droht Bayer nun mit dem Ausstieg der Finanzierung der Römer Therme sofern die Stadt sich nicht im gleichen Umfang beteiligt. Demnach liegt der

„schwarze Peter“ nun bei der Verwaltung.

Das kann und wird die FDP so nicht im Raum stehen lassen. Wir haben eine klare Vorstellung von sozialer Verantwortung der Unternehmen für ihre Standorte. Wir brauchen mittelfristig

eine Lösung für alle Bäder in Dormagen. Aktuell jedoch appellieren wir an Bayer die geplante Streichung der Mittel noch einmal zu überdenken. Hierzu haben wir ein Gesprächstermin mit Bayer angefragt und werden hier über die Ergebnisse berichten.

Weitere Themen in dieser Ausgabe

Dormagen: BPlan Z5a „Am Römerfeld“ strittig.	2
Dormagen: Politische Bürgerhetze gegen EVD	2
Dormagen: Aktuelle Anfragen an den Bürgermeister	2
Land: Dichtheitsprüfung - FDP erzielt Erfolg	3
Bund: FDP für Finanzmarktregulierung	3
Land: Schulgesetz - FDP beantragt Änderung	3
Bund: ARD Kommentar sieht Einsatz in Libyen kritisch	4

News in Kürze:

- NRW-FDP will neue Strecke für den „Eisernen Rhein“ rp-online.de vom 22.09.2011
- Verfassungsbeschwerde gegen Änderung des Braunkohlenplans Inden II erfolglos. wz-newsline.com vom 25.10.2011
- IHKs planen Zukunft für mehr als 3,2 Millionen Menschen in unserer Region bis 2030. wz-newsline.de vom 21.09.2011

Bebauungsplan Z5a „Nördlich der Parkstraße“.

Seit Monaten bahnt sich hier eine durchaus schwierige Entscheidung zur (erneuten) Bebauungsplanänderung Z5a an.

Konkret geht es um eine Änderung an einem 100qm² großen Grundstück, welches ursprünglich als Straße angedacht war und die Bewohner „Am Römerfeld“ die Ausfahrt auf die Parkstraße ermöglichen sollte.

Die Nutzung als Straße sah die Verwaltung als nicht (mehr) notwendig an, führte eine Planänderung durch und verkaufte das Grundstück. Leider wurde dabei versäumt die Anwohner zu

Stellungnahmen aufzufordern.

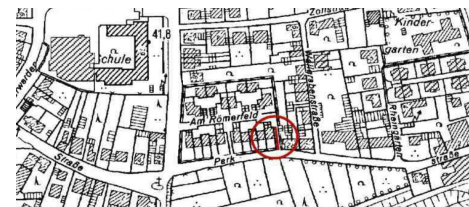
Einige der Anwohner fordern nun die Öffnung des Grundstücks und Nutzung als Straße und haben sich mit diesem Anliegen auch an die FDP gewandt.

In mehreren Gesprächen mit den betroffenen Bürgern, Abstimmung innerhalb der Fraktionen, eine Aufarbeitung der bisherigen Unterlagen sowie dem Gerichtsurteil und Gesprächen mit Verwaltung und Rechtsberatern versuchen wir uns ein so umfassendes Bild wie möglich zu verschaffen.

Am Ende wird es darauf ankommen so neutral wie möglich die Abwägung vor-

zunehmen.

Keine leichte Aufgabe.



Klar ist leider schon jetzt: Es wird einen Verlierer geben - ein Schlichtungsverfahren scheiterte kürzlich.

FDP verurteilt „Gaspreis-Protest“.

"Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht". Mit diesem Spruch wirbt die Bürgerinitiative „Gaspreisprotest“ um Unterstützung und Mitstreiter.

Dabei wird aggressiv um Unterschriften geworben, die „zu viel gezahlten Gaspreise“ dem Kunden zurück versprochen.

Davon abgesehen, dass die wesentlichen Protagonisten ein erhebliches Eigeninteresse an einer Rückerstattung besitzen, wird hier die politische Bühne

Die EVD hat einen Fehler gemacht. Das ist unumstritten. Sie hat aber auch nie überhöhte Preise verlangt. Auch das ist unumstritten. Wer nun einen persönlichen Vorteil daraus ziehen will muss sich die Mühe machen und vor Gericht gehen. Das muss jeder für sich entscheiden!

massiv missbraucht um Wählergunst zu gewinnen und sich als „Partei der kleinen Leute“ zu positionieren.

Dabei geht es im Kern um einen Fehler in den Bedingungen der EVD. Aus diesem Grund sind bestimmte Preisanpassungen unwirksam. Die Frage, ob die EVD tatsächlich zu hohe Preise gefor-

dert hat, wurde durch die Initiative in der letzten Ratssitzung als irrelevant abgetan. Es geht hier niemanden um „Gerechtigkeit“, es sind egoistische Interessen jedes Einzelnen für seine private Brieftasche und gegen einen „bösen“ Energieversorger. So ehrlich sollte man in der Sache sein.

Aktuelle Anfragen: Parkplatzsituation am Friedhof in Stürzelberg sowie Lärmschutzwand Nievenheim.

Zwei aktuelle Anfragen der FDP an den Bürgermeister.

Parkplatzsituation Friedhof Stürzelberg:

In den letzten Wochen haben Bürgerinnen und Bürger ihre Unzufriedenheit über die Parkplatzsituation am Friedhof in Stürzelberg an uns herangetragen. Sie beschwerten sich darüber, dass der Parkplatz zweckentfremdet von Anwohnern und sogar als

Verkaufsfläche für Gebrauchtwagen benutzt werde. Dadurch fühlten sie sich als Friedhofsgänger erheblich beeinträchtigt. Der Parkplatz sei doch in erster Linie für Friedhofsbesucher vorgesehen. Deshalb bitten sie darum, dort eine Parkscheibenpflicht von 2 Stunden einzuführen und diese zu kontrollieren. Vor diesem Hintergrund bittet die FDP-Fraktion Herrn Bürgermeister Hoffmann zu prüfen, ob und inwieweit es möglich ist, dem Anliegen

der Friedhofsbesucher zu entsprechen. Lärmschutzwand Nievenheim:

Nach Fertigstellung der P + R Anlage in Nievenheim klafft in der Lärmschutzwand noch eine große Lücke zwischen Wohngebiet und Parkplatz. Aufgrund mehrerer Bürgeranfragen haben wir den Bürgermeister gebeten eine Sachstandsanfrage bei der Deutschen Bahn zu stellen.

FDP NRW: Dichtheitsprüfung wird vielleicht ausgesetzt!

Bei dem für viele Bürger wichtigen Thema der verpflichtenden Dichtheitsprüfung für private Anschlüsse konnte die FDP einen ersten Erfolg erreichen.

Diese im Gegensatz zu nahezu allen anderen Bundesländern in Nordrhein-Westfalen landesweit verpflichtende Prüfung versucht die FDP-Fraktion mit ihrem umweltpolitischen Sprecher Kai Abruszat bereits seit März 2011 zu kippen.

Zahlreiche Bürgerinitiativen teilen unsere Auffassung.

Nachdem sich die CDU bislang auf die Seiten von Rot-Grün gestellt hatte, scheint sie jetzt auf die Argumente der FDP einzugehen.



Kai Abruszat

So beschloss der Wirtschaftsausschuss des Landtages mit Stimmen von FDP, CDU und Linken

einen Antrag auf Aussetzung der Dichtheitsprüfung.

Wenn sich der Landtag dieser Position anschließen würde, könnte der FDP aus der Opposition heraus ein echter Erfolg im Sinne zahlreicher Bürger in NRW gelingen.

Mit diesem Vorgehen in der Landespolitik in Nordrhein-Westfalen setzt die FDP ihre Rolle als kritische, aber konstruktive Opposition gegenüber der rot-grünen Minderheitsregierung fort.

Bundes-FDP: Finanzmarktregulierung in Deutschland auf hohem Niveau.

Aufgrund der sogenannten "Occupy"-Bewegung und deren Darstellung in den Medien verfestigt sich möglicherweise der falsche Eindruck in der Bevölkerung und auch innerhalb unserer Mitglieder und Freunde, die Koalition sei bislang im Bereich der Finanzmarktregulierung untätig gewesen. Dies ist nicht so!

Bereits vor der Sommerpause haben die Fraktionen CDU/CSU und FDP im Bundestag den Antrag „Drucksache 17/6313 - Effektive Regulierung der

Finanzmärkte nach der Finanzkrise" eingebracht. Darin wird auf eine Vielzahl erfolgreicher Maßnahmen verwiesen und u.a. gefordert bei der effektiven Regulierung der Finanzmärkte weiterhin konsequent und mit Augenmaß vorzugehen und dauerhaft für ein stabileres und widerstandsfähigeres Finanzsystem zu sorgen.

Den ganzen Antrag können interessierte Leser gerne bei uns anfordern.

Die Bundesrepublik Deutschland verfügt heute, zwei Jahre nach Amtsantritt der christlich-liberalen Bundesregierung, über den am besten regulierten Finanzmarkt in der Europäischen Union, und zwar im wortwörtlichen Sinne. Einige Maßnahmen, exemplarisch das Bankenrestrukturierungsgesetz, haben weltweiten Modellcharakter.

FDP NRW fordert: „Faire Chancen für alle Schüler und alle Schulformen“.

Die FDP im Landtag NRW hatte zur zweiten Lesung acht Änderungsanträge eingebracht.

Die wichtigsten Punkten sind: die dauerhafte Sicherung des vielfältigen Schulwesens durch die geplante Verfassungsänderung und eine Gleichbehandlung aller Schulformen bei der Ressourcenausstattung. Zudem lehnt die FDP den Einstieg in die Einheitschule entschieden ab.

Die FDP spricht sich dafür aus, dass die vorhandenen Ressourcen auf alle Schulformen gleichmäßig verteilt werden, statt nur die Sekundarschulen zu privilegieren. „Wir wollen, dass an den unterschiedlichen weiterführenden Schulformen die Klassengrößen schrittweise auf 25 Schüler abgesenkt werden. Auch der Ganztagsausbau soll gleichberechtigt an allen Schulformen

bedarfsgerecht fortgesetzt werden.“

Leider haben SPD, Grüne und CDU jedoch unsere entsprechenden Änderungsanträge abgelehnt.



Gerhard Papke und Ralf Witzel

Herausgeber:
FDP Stadtverband
Dormagen
Vorsitzender:
Karlheinz Meyer
Redaktion: Torsten Günzel

Bürgertelefon
FDP
Dormagen

0176-27163061

► Bürger schaffen Nähe!
Sprechen Sie mit uns!

Sie finden uns auch im Web:
www.fdp-dormagen.de



Der FDP-Stadtverband in Dormagen bedankt sich bei allen Mitgliedern für das starke ehrenamtliche Engagement in der Politik unserer schönen Stadt. Vor allem die Mitglieder, welche uns als Fraktion und sachkundige Bürger in Stadtrat und Ausschüssen vertreten! Die vielen Stunden pro Woche sind keine Selbstverständlichkeit und zeugen von hoher Bereitschaft! Danke!

Ebenfalls möchten wir allen Bürgerinnen und Bürgern für Ihre Anregungen und Anmerkungen danken. Wir sind auf Ihre Hinweise angewiesen, schätzen den offenen, sachlichen und fairen Dialog. Bitte helfen Sie uns weiterhin, wir freuen uns auf Ihre Zuschriften, Anrufe oder vereinbaren Sie einen persönlichen Termin mit uns!

ARD Kommentar zum Ende des NATO-Einsatzes. Die Libyen-Mission: Keineswegs ein Meisterstück!

Auszüge aus dem Kommentar von Thomas Nehls, WDR, ARD-Hauptstadtstudio. Den ganzen Kommentar finden Sie unter

<http://www.tagesschau.de/kommentar/libyen1604.html>

„Gut, dass die Übersetzung der Formel "mission accomplished" zwei Möglichkeiten zulässt: "Mission gemeistert" und "Mission beendet". Letzteres ist nach der Vorlage des UN-Sicherheitsrats und dem Beschluss der NATO nun heute der Fall. Hingegen bleibt fraglich, ob die siebenmonatige Auftragsarbeit des NATO-Bündnisses tatsächlich als Meisterstück gelten kann.

Die beiden hauptsächlichen Aufgaben des Einsatzes - die Überwachung der Flugverbotszone im libyschen Luftraum und die Militäreinsätze zum Schutz von Zivilpersonen - sind erfüllt worden; eine Frage aber bleibt: Mit welchen Mitteln? Bis zur

Schlussphase blieb unklar, wie weit die Soldaten aus zwölf NATO-Staaten und vier anderen Ländern bei ihrem Wirken in Libyen von den beiden maßgeblichen UN-Resolutionen abgewichen sind.

Mit dem berühmten Hinweis, dass, "wo gehobelt wird - Sie wissen schon...", ist es nicht getan; auch nicht durch den Einwand, dass doch wohl der Tyrann und sein Regime die Spurbreite der Militärmaßnahmen vorgegeben haben. Noch so schlimme Despoten und Diktatoren können nach dem Verständnis der Staatengemeinschaft nun einmal nicht über Nacht aus dem Sattel geworfen oder gar standrechtlich erschossen werden - erst recht nicht, solange im Rest der Welt staatliche Souveränität unterschiedlich bewertet wird.

Geschieht dies doch - wie mehr oder weniger gegen Gaddafi vollzogen -, sind die Folgeschäden möglicherweise

größer als es die negativen Auswirkungen einer längeren Anwendung von Geduld in Libyen gewesen wären. Es ist eben nicht müßig, auch heute noch zu fragen, ob zunächst nicht doch anders gegen das Gaddafi-Regime hätte vorgegangen werden können.

Allein diese Erkenntnis rechtfertigt rückwirkend die Enthaltung Deutschlands, als der UN-Sicherheitsrat für Libyen eine Luftverbotszone einrichtete, um letztlich einen Regime-Wechsel zu erreichen. An diesem Etikettenschwindel werden die Vereinten Nationen als Auftraggeber und die NATO als Auftragnehmer noch länger zu knapsen haben als an der Zurückhaltung einiger ihrer Mitglieder.